

**Beschlussbuch 02.03.2024**

**JAHRES-  
PARTEI-  
TAG**

**MÜNCHEN  
SPD**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Leitantrag</b>	<b>1</b>
<b>1/1/2024 Eine starke Stadt in einem starken Europa</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	1
<b>Anträge</b>	<b>5</b>
<b>1/1/2024 Echte Wiedergutmachung statt Symbolpolitik: Ein neues Abkommen zum Völkermord an den Herero und Nama</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	6
<b>2/1/2024 Zwangsarbeit in der NS-Zeit als Thema in der politischen Bildungsarbeit stärken</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	7
<b>3/1/2024 Öffnet die Unis</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	8
<b>4/1/2024 Klassismus wegschöpfen – gratis Pinkeln für alle! Für kostenlose Toiletten bei der MVG und überall</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	10
<b>5/1/2024 Wehrhafter Staat – Der “AfD” mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnen</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	11
<b>6/1/2024 Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	11
<b>7/1/2024 Den richtigen Verteilungskampf führen</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	12
<b>8/1/2024 Münchner Symphoniker</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	13
<b>9/1/2024 “Die Toten lehren die Lebenden” - Pathologische Sammlung als Museum erhalten</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	13
<b>10/1/2024 Positionierung: Sperrbezirksverordnung und Prostitution in München</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	14
<b>12/1/2024 Maßnahmeplan zur Reduktion von Gewalterfahrungen bei Geburten in München Klinik</b>	
<i>angenommen</i> . . . . .	15

**Initiativanträge** 15

**1/1/2024 Planung der Gesundheitsversorgung München und Entwicklung München Klinik**  
*angenommen* . . . . . 16

**2/1/2024 Nein zum sogenannten Generationenkapital**  
*angenommen* . . . . . 16

**Leitantrag****1/1/2024****Beschluss**

angenommen

**Eine starke Stadt in einem starken Europa**

München ist ein Ort der Hoffnung für sehr viele Menschen, unsere Stadt wächst und ist trotz der wirtschaftlichen Schwankungen, der Zinswende und den Herausforderungen durch die Transformation hin zu klimaneutraler Produktionsweise sehr stark. Diese Stärke, dieser immense erwirtschaftete Wohlstand, wurde durch die europäische Einigung (v.a. Binnenmarkt, Grundfreiheiten des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen) befördert. München profitiert von Europa, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial, rechtsstaatlich, kulturell, mit mehr Sicherheit und auch im Bereich der Ökologie und Nachhaltigkeit. München ist eine Stadt der wirtschaftlichen Stärke, eine Stadt in der alles für mehr soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit getan wird – was kommunal möglich ist. Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen vor den negativen Auswirkungen des Wachstums unserer Stadt und den Kehrseite des wirtschaftlichen Erfolgs wie auch der immer begrenzteren Möglichkeiten der kommunalen Demokratie.

Wir verschließen ebenso wenig die Augen vor den Herausforderungen, Problemen und den Schattenseiten, die auch bedingt durch die aktuelle Politik in der Europäischen Union für München greifbar sind. In der Europäischen Union, sowohl im Parlament als auch im Rat und der Kommission gibt es an vielen Stellen neoliberale, konservative oder rechtspopulistische oder gar rechtsextreme Kräfte und das hat Auswirkungen auf die konkrete Politik der EU. Deswegen existiert für uns kein Entweder-Oder. Als Münchner Sozialdemokratie kämpfen wir für ein Europa, das gerechter wird. Für ein starkes und handlungsfähiges Europa – das übergeordnet politisch auch gegen die Interessen von Kapital, gegen die Interessen der Nationalisten und Populisten für eine bessere Zukunft sorgt. Und für unsere gemeinsame Sicherheit in allen Lebensbereichen. Unser Europa ist ein starkes Europa, weil es zusammenhält und weil es das Leben der Menschen in München besser macht. Wir setzen uns hier auf kommunaler Ebene wie auch im anstehenden Europawahlkampf für den notwendigen Umbau unserer Wirtschaft ein, für gute Arbeitsplätze der Zukunft, den Schutz des Klimas und die Unterstützung für die vielen – die SPD bringt das zusammen. Wir gestalten den Fortschritt, damit es gerecht zugeht.

**Was die EU aus unserer Sicht besser machen muss:****Arbeit und Wirtschaft:**

- Wir setzen wir für gute Löhne und starke Arbeitnehmer\*innenrechte ein. Wir fordern einen angemessenen europäischen Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. EU-Gelder sollen nur an Unternehmen gehen, die nach Tarif zahlen. Europäische Vorgaben müssen konsequent gegen Tariffucht und Lohndumping ausgerichtet sein.
- Ein gutes EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht sorgt dafür, dass wir auch künftig genug Fachkräfte, v.a. in den Bereichen Hightech, Handwerk und in sozialen und kommunalen Dienstleistungen haben. Gleich-

zeitig setzen wir darauf, dass durch technologischen Fortschritt Arbeit neu verteilt wird - und wir die abschlagsfreie Arbeitszeitverkürzung bald international neu diskutieren.

- Bisher zielt die Steuerpolitik der EU nur auf ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts ab - wir wollen mehr Kompetenzen und effektiven Einsatz bei europäischen Mindeststandards für die Besteuerung von Unternehmen und sehr großen Vermögen, genauso wie bei Steuerhinterziehung und Steuervermeidung.
- Wir setzen uns zudem für Transparenz und klare Regelungen im Bereich des technologischen Fortschritts - insbesondere mit Blick auf künstliche Intelligenz - ein, um den Technologie- und Innovationsstandort Deutschland und damit auch München zu stärken.

**Wir fordern, dass die Tarifbindung Voraussetzung für Vergaben ist, um gute Beschäftigungsbedingungen sicherzustellen und setzen uns für ein gutes EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht ein.**

### Industrie und Klimaschutz

- Wir setzen auf erneuerbare Energien für eine klimaneutrale, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung. Für Münchens Industrie ist das überlebensnotwendig. Die EU will auf dem Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2050 bereits bis 2040 die Treibhausgasemissionen um 90% reduzieren. Aus unserer Sicht sind ambitionierte Klimaschutzziele richtig, wir müssen die globale Klimakatastrophe abwenden. In München wollen wir mit der SWM bereits bis 2025 so viel erneuerbaren Strom produzieren, wie wir in unserer Stadt verbrauchen.
- Die EU muss um einen Beitrag zur Erfüllung dieser Ziele auch dabei die Rahmenbedingungen für Geothermie, Großwärmepumpen und bei Beihilferegulungen und im Marktdesign für erneuerbare Energien setzen. Besonders brauchen wir eine Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge und stellen uns jeder Liberalisierungs- und Privatisierungstendenz über die EU entgegen.
- Für uns aus Münchner Perspektive ist das Thema CCS ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung wird vor allem bei der thermischen Abfallbehandlung für uns kommunal eine Rolle spielen, wo Restemissionen nicht vermeidbar sind. Das ist auch für die städtische SWM wichtig, wenn wir z.B. weiterhin für den Abfallwirtschaftsbetrieb München den Münchner Haushaltsmüll im Heizkraftwerk Nord ortsnah in Wärme und Strom umwandeln möchten. Gleichzeitig darf CCS keinesfalls ein Freifahrtsschein für die Weiternutzung fossiler Energie werden

**Wir brauchen auf dem Weg zur Klimaneutralität deswegen dringend kluge politische Vorgaben - und auch hier eine Stärkung der Perspektive von Stadtwerken und der kommunalen Einflussnahme.**

- **Bildung:** Wir engagieren uns, anknüpfend an die Initiativen des Europäischen Bildungsraums 2025, für einen echten europäischen Bildungsaufbruch. Bis 2030 haben alle Kinder in der EU eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Grund- und Sekundarbildung erhalten.

Wir brauchen einen verbindlichen Qualitätsrahmen und eine angemessene Finanzierung der Jugendgarantie, nach der allen jungen Menschen in der EU innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss oder nachdem sie arbeitslos geworden sind ein hochwertiges Angebot für einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine Weiterbildungsmöglichkeit oder ein vergütetes Praktikum zusteht. Gleichzeitig wollen wir die grenzüberschreitende Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erleichtern. Unser Ziel bleibt die gebührenfreie Bildung von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Meister oder Master.

**Wir fordern die Ausgestaltung der Jugendgarantie mit Ressourcen, damit alle jungen Menschen schnell in Arbeit kommen.**

- **Soziales Netz und Gesundheit:** Wir sorgen dafür, dass es eine EU-weite Basis für gute **Grundsicherungen** gibt und grenzüberschreitende **Gesundheitsversorgung** für alle zur Verfügung steht. Ob als Tourist oder Saisonarbeiterin - in allen EU-Staaten soll gleichermaßen für alle immer eine gute Behandlung gegeben sein. Arzneimittel müssen zu fairen Preisen für alle erschwinglich und verfügbar sein. Die Pflege wollen wir in der ganzen EU stärken.

**Wir fordern eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung für alle in der gesamten EU.**

**Wohnen:** Die EU muss in München und überall Investitionen in erschwinglichen, sozialen und energieeffizienten **Wohnraum** unterstützen. Eine der größten Schattenseiten des wirtschaftlichen Erfolgs ist der Druck auf den Münchner Wohnungsmarkt, den der Zuzug von finanziell gut gestellten Arbeitnehmern mit hervorbringt. Bislang ist es vor allem die Stadt, die sich dem mit ihrer Wohnungspolitik entgegenstellt - aber das reicht nicht aus.

- München braucht ausreichend Spielraum, um notwendige Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zu tätigen - hier muss auch die europäische Ebene aktiv werden. Wir brauchen mehr europäische Flexibilität bei der Gewährung der staatlichen Wohnraumförderung. Wir wollen Kommunen stärken, um die Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen zu beschränken und setzen uns dafür ein, Städten mit angespannten Wohnungsmärkten die Möglichkeit zu geben, Kurzzeitvermietung zu begrenzen. Es braucht europarechtliche Grundlagen, den gravierendsten Problemen von Umwandlungen Einhalt zu gebieten und Mieter\*innen in angespannten Wohnungsmärkten zu schützen. Wir wollen dazu beitragen, die Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum und die Wohnungslosigkeit zu überwinden.

**Wir fordern die Ausweitung der Möglichkeiten für München, mit EU-Mitteln bezahlbaren Wohnraums zu fördern - insbesondere für junge Menschen!**

- **Daseinsvorsorge, Infrastruktur:** München ist als Kommune Teil verschiedener Projekte in europäischer Zusammenarbeit. Die Mittel aus den Förderprogrammen gehen häufig direkt in die Daseinsvorsorge, z.B. beim Europäischen Sozialfonds oder des Fonds für regionale Entwicklung - das wollen wir ausbauen. Generell gilt es, die zahlreichen Förderprogramme und Investitionsmöglichkeiten auf Freistaats-, Bundes- und EU-Ebene besser abzustimmen, um Doppelförderung zu vermeiden und gezielte Unterstützung zu gewährleisten. Eine stärkere regionale Strukturförderung auf europäischer Ebene ist wesentlicher Bestandteil für München und die EU im weltweiten Wettbewerb gefordert.

Die EU-Trinkwasserrichtlinie sorgt seit mehr als 25 Jahren für gute Wasserqualität - seit 2020 mit noch höheren Anforderungen. Leider ist der Druck, die Trinkwasserversorgung in der EU zu privatisieren, immer noch hoch. Die Sozialdemokratie wird auch weiter dafür kämpfen, dass Wasserbetriebe in kommunaler Hand bleiben.

Der Abbau überflüssiger Bürokratie und die Verbesserung der Rechtsetzung sind entscheidend für eine erfolgreiche Transformation auf allen Ebenen, von der Kommune bis zur EU.

**Wir fordern die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren insbesondere für den Infrastrukturausbau und für Maßnahmen auf dem Weg zur klimaneutralen Produktion.**

- **Mobilität:** Europa muss zur **Mobilitätsunion** werden - wir werden die Schiene für den Personen- und Güterverkehr ausbauen. Grenzübergreifende Zugverbindungen sollen ausgebaut werden - für München heißt das voraussichtlich: Neue Verbindungen nach Zürich und Budapest, über Wien. Außerdem nach

Rom und Mailand. Mit der europäischen Mobilitätsunion sorgen wir weiter für Verbindungen über Grenzen hinweg, ein einheitliches Europaticket und eine App für bessere Mobilität in ganz Europa.

Wir wollen bezahlbaren und flexiblen öffentlichen Nahverkehr für alle Menschen. Die komplette Liberalisierung des öffentlichen Verkehrs haben wir im EU-Parlament verhindert - dafür werden wir weiter kämpfen! In München werden wir dafür sorgen, dass der öffentliche Nahverkehr weiter gut ausgebaut wird und das Rückgrat der Mobilität ist.

**Wir fordern, dass der Brennerzulauf so schnell wie möglich kommt, insbesondere für den Güterverkehr, und für München den bestmöglichen Schutz vor Lärm und Erschütterung für die Anwohner\*innen im Münchner Osten.**

- **Gesellschaft:** Wir sorgen für eine **diskriminierungsfreie Gesellschaft**. Wir fordern eine EU-Charta der **Frauenrechte**. Wir brauchen einen Katalog zu schützender Grundrechte, absoluter Mindeststandards, wie z. B. den universellen Zugang zu Verhütung, sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten, einschließlich reproduktiver Selbstbestimmung sowie sicherer und legaler Schwangerschaftsabbrüche sowie Sexual- und Beziehungserziehung.

Wir stehen weiter dafür ein, entlang der Lieferketten Menschen-, Kinder-, und Umweltrechte umzusetzen. Das Lieferkettengesetz war auf einem guten Weg - und muss kommen. Dass sich gerade die FDP hier dagegen stellt, passt leider zur Blockade von Frauen-/Menschenrechte. Auch bei der Umsetzung des Gewaltschutzes für Frauen durch die Istanbulkonvention stellt sich die FDP quer - für uns gilt weiter: Nur "Ja heißt ja!"

Wir kämpfen für den Schutz von **Rechtsstaatlichkeit und unserer Demokratie vor dem Rechtsextremismus!**

**Wir fordern, dass Verstöße gegen Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Aushöhlung der Demokratie durch rechte Regierungen stärker sanktioniert werden, z.B. durch den Entzug des Stimmrechts und die Zurückhaltung von EU-Geldern.**

- **Migration:** Wir fordern eine **menschliche, realistische und solidarische EU-Migrationspolitik**. Das Menschenrecht auf Asyl, das vor politischer Verfolgung schützen soll, ist unantastbar und muss auch an den EU-Außengrenzen durchweg gewahrt und respektiert werden. Lager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen lehnen wir ab. Wir setzen uns darüber hinaus für eine Entkriminalisierung und Unterstützung der Seenotrettung sowie die Einrichtung sicherer Fluchtrouten ein.

Zudem muss es EU-weit - unabhängig von ihrem jeweiligen individuellen Status - ein Recht auf Arbeit oder Ausbildung für Asylsuchende geben sowie die Möglichkeit zur Erlangung eines dauerhaften EU-Bleiberechts über die Absolvierung eines innerhalb der EU anerkannten berufsqualifizierenden Abschlusses.

**Wir fordern eine gerechte Asylpolitik ein - und werden in München mit unseren Möglichkeiten zu gerechten Verfahren und guter Integration beitragen.**

- **Verteidigung:** Als **Friedenspartei** stehen wir klar an der Seite der Ukraine und unterstützen sie weiterhin. Wir wollen, dass die Ukraine und auch Moldau in die EU aufgenommen werden, sobald sie die Beitrittskriterien erfüllen. Außerdem setzen wir uns für den baldigen EU-Beitritt der sechs Westbalkanstaaten (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) ein, aus denen allein in unserer Stadt über 60.000 Staatsbürger\*innen leben.

Wir brauchen eine starke EU, die global strategische Partnerschaften auf Augenhöhe schließt und wertebasiert und kritisch mit den USA und China zusammenarbeitet und einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten vermeidet.

**Wir fordern die Stärkung der europäischen Sicherheit und setzen uns für eine EU-weite Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik ein, die auch Abrüstung und eine gemeinsame Rüstungsexportpolitik einschließt.**



## Anträge

1/1/2024

## Beschluss

angenommen

**Echte Wiedergutmachung statt Symbolpolitik: Ein neues Abkommen zum Völkermord an den Herero und Nama**

Die koloniale Vergangenheit Deutschlands wird von der hiesigen Bevölkerung und Politik gerne verdrängt und ignoriert. Die wenigsten wissen, dass noch vor etwas über hundert Jahren das heutige Namibia die Kolonie („Schutzgebiet“) „Deutsch-Südwestafrika“ bildete, und dass sich in dieser Kolonie der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts ereignete. Die ethnischen Gruppen der Herero und Nama begannen 1904 einen Aufstand gegen das deutsche Kolonial-Regime, da ihnen weiße Siedler\*innen Land wegnahmen und somit ihre Lebensgrundlage gefährdeten. Viele Herero und Nama mussten für die neuen Herren sklavenähnlich auf Land arbeiten, das ihnen zuvor selbst gehörte. Der Aufstand wurde von den deutschen Schutztruppen unter Generalleutnant Lothar von Trotha bis Ende 1904 militärisch niedergeschlagen. Darüber hinaus wurden die Herero und Nama in die Omaheke-Wüste getrieben und am Verlassen der Wüste gehindert. Dort starben viele von ihnen an Durst und Hunger. Es war das bewusste Ziel von Trothas und seiner Befehlshaber, die Herero und Nama als Volksgruppen auszulöschen. Gefangene Herero und Nama wurden in Konzentrationslager gesperrt. Zwangsarbeit, Krankheiten, Unterernährung und die katastrophalen hygienischen Verhältnisse dort forderten weitere zahlreiche Opfer. Es wird geschätzt, dass um die 100.000 Herero und Nama 1904 bis 1908 ums Leben kamen. 2015, nach über hundert Jahren, begannen Verhandlungen zwischen der deutschen Bundesregierung und der Regierung von Namibia über ein Abkommen zur Wiedergutmachung des Völkermords. Dieser Vertrag wurde 2021 fertiggestellt und soll Zahlungen von 1,1 Milliarden Euro, den Aufbau einer Erinnerungstiftung und eine offizielle Entschuldigung Deutschlands umfassen. Der Vertrag wurde aber nur mit der Regierung von Namibia verhandelt, nicht aber mit den Opfer-Vertretungen der Herero und Nama selbst. Diese Verbände protestieren daher gegen die Ratifizierung des Vertrages durch das namibische Parlament. Sie kritisieren auch, dass die Anerkennung des Völkermords nur „historisch“ vollzogen wird, nicht aber juristisch – denn das würde Schadensersatzforderungen nach sich ziehen und wäre ein Präzedenzfall für die Sühnung anderer Kolonialverbrechen. Genau das ist aber zu erreichen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Vertragsverhandlungen noch einmal zu öffnen und die Verbände der Herero und Nama einzubeziehen. Der Völkermord muss endlich auch als solcher juristisch anerkannt werden! Der neue Vertrag kann dann als Vorbild dienen für weitere Verhandlungen mit Tansania, Burundi, Ruanda und Mosambik sowie Verbänden der Nachfahren von Opfern des Maji-Maji-Aufstands im damaligen Deutsch-Ostafrika. Verschiedene ethnische Gruppen hatten damals den Krieg gegen die deutschen Besatzer\*innen begonnen, der ebenfalls mit äußerster Gewalt niedergeschlagen wurde und zehntausende Opfer forderte. Vor Kurzem war Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Tansania, um sich für die deutschen Kolonialverbrechen, insbesondere die blutige Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstandes, im Namen Deutschlands zu entschuldigen. Dies ist ein erster Schritt, aber es darf nicht der letzte sein.

Daher fordern wir:

- Erneute Öffnung der Vertragsverhandlung zwischen der Bundesrepublik und Namibia, Einbeziehen der Opferorganisationen und Verbände der Herero und Nama.
- Juristische Anerkennung des Völkermords
- Eröffnung von Verhandlungen mit den Nachfolgestaaten von Deutsch-Ostafrika (Tansania, Burundi, Ruanda und Mosambik) und den Verbänden der Nachfahren der Opfer des Maji-Maji-Aufstandes 1905-1907 für ein gleichwertiges Abkommen
- Beziehungen auf Augenhöhe mit allen Nachfolgestaaten deutscher Kolonien, Sühnung von kolonialem Unrecht in deutschen Namen

### Überweisen an

Bezirksparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

---

**2/1/2024**

### Beschluss

angenommen

## Zwangsarbeit in der NS-Zeit als Thema in der politischen Bildungsarbeit stärken

Die systematische Entrechtung und Ausbeutung von Zwangsarbeiter\*innen durch das nationalsozialistische Regime war ein wesentlicher Bestandteil für den Erhalt der deutschen Kriegswirtschaft. Allein in München profitieren Unternehmen, Betriebe und Privatpersonen von der Arbeitskraft von 150.000 Zwangsarbeiter\*innen. Insgesamt wurden im damaligen Deutschen Reich 13,5 Millionen Menschen als Zwangsarbeiter\*innen eingesetzt. Mehr als ein Drittel von ihnen waren Frauen. Das System der Zwangsarbeit ging einher mit der systematischen Entrechtung der Menschen durch das nationalsozialistische Regime. Die Menschen waren in überfüllten und ungeheizten Baracken untergebracht. Die harte Arbeit wurde nicht oder nur schlecht entlohnt und die Zwangsarbeiter\*innen litten an Mangelernährung. An Industriestandorten waren die Menschen den Bombenangriffen schutzlos ausgeliefert. Die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter\*innen waren je nach Nation, rechtlichem Status und Geschlecht unterschiedlich. Die Grundlage dafür war das rassistische Menschenbild des nationalsozialistischen Regimes. Im Besonderen litten Jüd\*innen, Sinti\*innen und Rom\*innen sowie sogenannte „Ostarbeiter\*innen“, die aus der damaligen Sowjetunion und Polen kamen. Ein Großteil der Zwangsarbeiter\*innen wurde dezentral in Sammelunterkünften in der Nähe ihres Arbeitsortes untergebracht. Im Deutschen Reich waren es über 30.000 Unterkünfte, von denen nur noch wenige erhalten sind. Dem Engagement lokaler Initiativen ist es zu verdanken, dass die noch bekannten Orte - wie zum Beispiel der Erinnerungsort an das ehemalige Zwangsarbeiter\*innenlager in Neuaubing - nicht in Vergessenheit geraten sind. Das Thema Zwangsarbeit wurde von deutschen Regierungen und Unternehmen lange Zeit verharmlost. Bis heute ist die Zwangsarbeit nicht als spezifisches NS-Unrecht anerkannt. In der Schule spielt dieses Thema bisher keine Rolle. Die Erinnerung an die Zwangsarbeit in der NS-Zeit kann jedoch

in der politischen Bildungsarbeit dazu genutzt werden, um die Bedeutung von wichtigen Menschen - und Arbeitsrechten für eine Demokratie zu vermitteln. Damit kann auch das Bewusstsein für ausbeuterische und prekäre Arbeitsverhältnisse in modernen kapitalistischen Gesellschaften gestärkt werden. Gerade heute, angesichts des Erstarkens rechten Gedankenguts, ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, wohin Intoleranz und Rassismus führen. Es ist wichtig, ein Bewusstsein für die Gesamtheit der Verbrechen des Nationalsozialismus zu schaffen, hierbei kommt etwa den Schulen eine bedeutende Rolle zu.

Aus diesen Gründen fordern wir Jusos:

- Die verbliebenen Erinnerungsorte an die Zwangsarbeit im Nationalsozialismus sollen erhalten, gefördert und für die politische Bildungsarbeit zugänglich gemacht werden.
- Lokalen Initiativen, die sich für den Erhalt von Erinnerungsorten an Zwangsarbeit einsetzen, müssen finanziell gefördert werden.
- Das Thema Zwangsarbeit im Nationalsozialismus soll als zusätzliches, eigenständiges Thema in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen und Besuche von Schulklassen an lokalen Erinnerungsorten ermöglicht werden.

### Überweisen an

Bezirksparteitag, Landesparteitag

---

**3/I/2024**

### Beschluss angenommen

### Öffnet die Unis

#### Wir fordern:

- Bereitstellung eines kostenlosen, breiten Angebots an Erwachsenenbildung an Universitäten und HaWs von Seiten des Bundes und des Landes.
- Abschaffung der fachlichen Bindung des Studiums für Menschen mit dualer Ausbildung und Berufserfahrung.
- Bereitstellung von öffentlich finanzierten Mikroabschlüssen ohne jede Zugangsbeschränkung an Universitäten und HaWs.
- Jährlicher Bildungsurlaub mit Lohnfortzahlung für alle Arbeitnehmer\*innen.
- Seniorenstudium auch ohne Abitur ermöglichen.

Sowohl in der beruflichen als auch in der akademischen Bildung wird das lebenslange Lernen als Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben in Zukunft essentiell sein. Doch die Chancen auf beruflichen Erfolg durch den Zugang zu den Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sind eklatant ungleich verteilt. Meistens haben nur Personen mit Vermögen und/oder sehr hohem Einkommen genug Zeit und Geld für private Weiterbildungen. Trotz des großen Mangels an qualifizierten Fachkräften in Deutschland ist ein großer Teil der Bevölkerung gezwungen, geringqualifizierte Tätigkeiten für wenig Geld durchzuführen und ist nicht in der Lage, sich privat und beruflich weiterzubilden. Durch die Entwicklung von neuen Technologien werden die Unterschiede in der Bezahlung von hoch- und gering qualifizierter Arbeit weiter wachsen. Eine Grundlage für eine moderne und gerechte Wirtschaft wird deswegen in der flächendeckenden Bereitstellung von kostenloser Erwachsenenbildung liegen. Ein großer Teil des Wissens unserer Gesellschaft liegt bei und in den Hochschulen, die ein Quasi-Monopol auf höhere Bildung haben. Deshalb sollte die flächendeckende kostenlose Erwachsenenbildung im deutschen Hochschulsystem etabliert werden. Relevant für die Herstellung von echter Chancengleichheit ist nicht unbedingt nur die beruflich einschlägige Weiterbildung. Für eine inhaltliche berufliche (Neu-)Orientierung kann die Aufnahme von produktiven Freizeitbeschäftigungen oder die Weiterbildung in allgemeinen Bereichen wichtig sein. Die Angebote des lebenslangen Lernens sollten also auch Kurse zur politischen, praktischen und zur Allgemeinbildung umfassen. Viele Hürden, die in Form von Zugangsbeschränkungen für Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften gelten, stehen diesem Ziel entgegen. Das lebenslange Lernen muss für alle Interessierten attraktiv werden. Besonders beruflich qualifizierte Personen müssen von Angeboten des lebenslangen Lernens angesprochen werden, ohne dass dabei die akademische Bildung der beruflichen Bildung übergeordnet wird. Deswegen muss die fachliche Bindung aufgehoben werden, die aktuell für Menschen mit einer 2-jährigen dualen Berufsausbildung und anschließend 3 Jahren Berufserfahrung gilt, die an einer Universität oder einer HaW ein Studium absolvieren möchten. Allen Bürger\*innen soll zu jedem Zeitpunkt ihrer Biographie die Entscheidungsgewalt über ihren Lebenslauf gegeben werden. Die Universitäten und HaWs als Orte des Lernens und Wissens sollen jederzeit und für alle zugänglich sein. Dabei geht es nicht allein um Studierende, sondern auch um diejenigen, die keinen Hochschulabschluss anstreben. Dafür fordern wir die Einführung von öffentlich finanzierten Mikroabschlüssen, die unabhängig von bisherigen Qualifikationen absolviert werden können. Jede\*r soll die Möglichkeit haben, dieses Bildungsangebot wahrzunehmen. Wir fordern deswegen ein kostenloses Angebot von entsprechenden Mikroabschlüssen in technischen, naturwissenschaftlichen, politischen, medizinischen, juristischen und sozialen Fachbereichen sowie fächerübergreifende Angebote. Wir fordern außerdem, dass Angestellte und Arbeiter\*innen gesetzlichen Anspruch auf die Möglichkeit haben sollen, mindestens einmal im Jahr ein Bildungsangebot der Hochschulen anzunehmen. Für die Zeit der Weiterbildung wird die Lohnfortzahlung seitens der Arbeitgeber\*innen durch Bund und Land gewährleistet. Wir fordern die Öffnung der Universitäten für alle Schichten der Bevölkerung und somit ein Ende eines Bildungssystems von Eliten für (künftige) Eliten.

### **Überweisen an**

Bezirksparteitag, Landesparteitag

4/I/2024

**Beschluss**

angenommen

**Klassismus wegsülen – gratis Pinkeln für alle! Für kostenlose Toiletten bei der MVG und überall**

Im November 2023 verkündete die MVG per Pressemitteilung, dass eine lange Liste sanierter U-Bahn-Toiletten nun zu einem Preis von 0,60€ pro Benutzung wieder in Betrieb gehen soll. Wir sind der Ansicht, dass es sich bei der Nutzung von Toiletten um ein menschliches Grundbedürfnis handelt, dessen Befriedigung für alle Menschen kostenfrei möglich sein sollte. Aus Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie aus Art. 1 und 2 Grundgesetz lässt sich ableiten, dass jede\*r das Recht hat, ungehindert seine\*ihre Notdurft zu verrichten. Zudem zahlen die Fahrgäste der MVG bereits hohe Preise für ihre Fahrkarten und sollten durch kostenpflichtige Toiletten nicht noch zusätzlich belastet werden. Auch für Anwohner\*innen ist es wichtig, dass ausreichend kostenfreie öffentliche Toiletten zur Verfügung stehen: Besonders während der Nacht kommt es immer wieder vor, dass in Hauseingänge oder Hinterhöfe uriniert wird. Es besteht die Gefahr, dass kostenpflichtige Toiletten dazu führen, dass dieses Problem eher zunimmt oder sich zumindest nichts verbessert. Das Problem des Vandalismus, welches von der MVG mit als Grund für die Nutzungsgebühr aufgeführt wird, würde so nur auf die Stadt und Privatpersonen ausgelagert werden. Sollte die MVG tatsächlich die Reinigung und Instandhaltung der Toiletten ohne die Nutzungsgebühr nicht mehr stemmen können, muss die Stadt München ihre Zuschüsse entsprechend erhöhen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Zugang zu öffentlichen Toiletten als Grundrecht immer und überall möglich ist. Schon seit Jahrzehnten sind die meisten öffentlich zugänglichen Toiletten auf Bahnhöfen und Autobahnraststätten privat betrieben und kostenpflichtig. Insbesondere die Firma Sanifair ist dafür berüchtigt. Auf den Sanifair-Toiletten wird ein Teil der Gebühr zur Toilettennutzung als Wertbon zurückzugeben – womit aber der Konsumzwang am Bahnhof und der Raststätte noch gefördert wird. Die wenigen kostenfreien Toiletten, die es gibt, z. B. auf einfachen Rast-Parkplätzen an der Autobahn ohne eigenes Restaurant-Gebäude, sind meistens in einem unzumutbaren hygienischen Zustand. Die Bepreisung vom Zugang zu Toiletten stellt eine Ungerechtigkeit dar: Der Zugang ist denen vorbehalten, die es sich leisten können. Das lehnen wir ab! Insbesondere für Obdachlose, deren Unterkünfte tagsüber meist geschlossen sind, sind durchgehend verfügbare Toiletten elementar.

**Aus diesem Grund fordern wir:**

1. Die Toiletten der MVG müssen kostenfrei nutzbar und während der gesamten täglichen Betriebszeit der U-Bahnhöfe zugänglich sein.
2. Die Landeshauptstadt München setzt sich für kostenfreie und hygienische Toiletten ein, wo auch immer es in ihrer Macht und ihrem Einfluss liegt. Auch sollte die SPD auf allen Ebenen dafür eintreten.

**Überweisen an**

Stadtratsfraktion

**5/1/2024****Beschluss**  
angenommen**Wehrhafter Staat – Der “AfD” mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnen**

Die “AfD” wird in vielen Teilen Deutschlands bereits vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall oder als gesichert rechtsextrem eingestuft. Wenn sogar der Verfassungsschutz, der nicht gerade für Sensibilität auf dem rechten Auge bekannt ist, zu diesem Ergebnis kommt, ist es an der Zeit für unsere Demokratie, sich dagegen zu wehren. Daher fordern wir die Fraktionen im Deutschen Bundestag dazu auf, ein bundesweites Verbotsverfahren gegen die “AfD” anzustrengen, da die rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Tendenzen in allen Teilen der Partei sichtbar sind. Zwingend notwendig ist unabhängig vom bundesweiten Verbot das konsequente Vorgehen gegen die Landesverbände, die bereits jetzt als gesichert rechtsextrem eingestuft sind. Die Desiderius-Erasmus-Stiftung darf kein Geld erhalten. Es muss unmöglich sein, dass eine Stiftung, die einer verfassungsfeindlichen Partei nahesteht, Geld vom Staat bekommt. Auch gegen einzelne Personen, deren Aussagen und Handlungen nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar sind, muss von Seite des Staates eine Grundrechtsverwirkung (Art. 18 GG) festgestellt werden, um Personen wie Björn Höcke daran zu hindern, in einer anderen Organisation ihr demokratiegefährdendes Engagement fortzusetzen.

**Überweisen an**

Bezirksparteitag, Bundesparteitag, Landesparteitag, Stadtratsfraktion

**6/1/2024****Beschluss**  
angenommen**Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern**

Der Migrationsdiskurs der letzten Zeit ist vor allem von einem Überbietungswettbewerb an Zugangs- und Zulassungshürden bestimmt. Das klassische Argument ist Auslastung und Überforderung der Kommunen. Zielführend in der Debatte wäre, wie Kommunen die Prozesse erleichtert werden können, damit kein unnötiger behördlicher und finanzieller Aufwand entsteht und so durch Entlastung sowie neue Kapazitäten geschaffen werden können. Einer dieser potentiellen Prozesse wäre die flächendeckende Einführung der eGesundheitskarte eGk. Seit Oktober 2015 existiert die Möglichkeit §§ 4 und 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes, dass die Bundesländer eine Gesundheitskarte für die Geflüchtete (in den ersten 18 Monaten) ausstellen. In Bayern ist es aktuell erst nach Ablauf einer 15 monatigen Wartefrist für Geflüchtete möglich,

eine Gesundheitskarte zu erhalten. In den Kommunen und Bundesländern, in denen keine Gesundheitskarte zugelassen ist, müssen die Geflüchteten im Krankheitsfall immer einen Kostenübernahmeschein bei Bedarf vom Sozialamt holen. In diesem Fall müssen die Sozialbehörden prüfen und entscheiden, ob die Geflüchtete behandelt werden sollten oder nicht. Dies führt nicht nur dazu, dass die Sozialämter oft an die eigenen Grenzen kommen, sondern dass auch die Geflüchtete keine notwendige Behandlung bzw. ärztliche Beratung zeitnah erhalten. Die Abrechnung für Leistungsträger wird durch die Kostenübernahmescheine erschwert und unnötige Ressourcen gebunden. Durch eine eGK erhalten Asylsuchende einen verbesserten Zugang zu den Gesundheitsleistungen, dadurch müssen sie vorher nicht krank zum Sozialamt gehen, um einen Kostenübernahmeschein zu bekommen. Dies ist auch diskriminierungsärmer, da die eGK sie mit den gesetzlich Versicherten in der Praxis gleichstellt.

Aus diesen Gründen fordern wir: Den Abschluss der Rahmenverträge zwischen den Krankenkassen und aller Bundesländern sowie verbleibende Teile dieser, zur Einführung der eGK für Asylsuchende zum Zeitpunkt der Registrierung

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion

---

**7/1/2024**

### **Beschluss angenommen**

## **Den richtigen Verteilungskampf führen**

Als SPD lehnen wir den dänischen Kurs in der Flüchtlingspolitik klar ab. Wir leiten aus unseren Grundwerten des Internationalismus und der Solidarität ab, dass wir an der Seite von Geflüchteten und Migrant\*innen stehen. Migrant\*innen sehen wir als positive Bereicherung für unsere Gesellschaft und darüber hinaus vor dem Hintergrund unserer demographischen Entwicklung als Notwendigkeit. Wir lehnen Erzählungen ab, denen zufolge Geflüchtete uns hier Arbeitsplätze oder Wohnraum wegnehmen. Der Verteilungskampf in unserer kapitalistischen Gesellschaft verläuft nicht zwischen der rumänischen Arbeiterin, dem nigerianischen Geflüchteten und der deutschen Friseur-Auszubildenden, sondern zwischen den reichsten 10% und den übrigen 90%. Niemand bestreitet ernsthaft, dass die aktuelle Situation Herausforderungen insbesondere in den Kommunen mit sich bringt. Unsere Antwort ist aber nicht, deshalb vergeblich zu versuchen, Migration zu begrenzen, sondern unsere Antwort ist es, diese Herausforderungen anzugehen und zu lösen. Dabei spielt insbesondere die Finanzierung eine große Rolle, diese muss entlang der oben genannten Konfliktlinie geklärt werden. Wir brauchen eine Politik mit langfristigen Ansätzen und tatsächlichen Lösungen, keine populistischen Schnellschüsse und gedrängte "Angstpolitik".

#### **Überweisen an**

Bezirksparteitag, Bundesparteitag, Landesparteitag

**8/1/2024****Beschluss**  
angenommen

## **Münchner Symphoniker**

Die Münchner SPD tritt seit jeher für Tarifverträge und Tarifbindung ein. Wir unterstützen die Bestrebungen der Münchner Symphoniker, durch den Abschluss eines Haustarifvertrages den Musiker\*innen des Orchesters ein sicheres und angemessenes Einkommen zu gewährleisten. Deshalb fordern wir die Landeshauptstadt München und den Freistaat auf, diesem Vorhaben zuzustimmen, ferner finanzielle Wege zu eröffnen, um einen Einstieg in die Eingruppierungsstufen D-A, basierend auf einem Stufenplan mit einer perspektivischen Aussicht nach Stufe A, zu ermöglichen.

---

**9/1/2024****Beschluss**  
angenommen

## **“Die Toten lehren die Lebenden” - Pathologische Sammlung als Museum erhalten**

Die SPD setzt sich für den Erhalt der Pathologischen Sammlung am historischen Standort des Krankenhauses Schwabing ein. Diese soll in ein öffentliches (medizinhistorisches) Museum und eine Lehrsammlung für Medizin und Pathologie umgewandelt werden. Zusätzlich dient dieses Museum als Ort der Erinnerung an Siegfried Oberndorfer, den durch die Nationalsozialisten verfolgten und vertriebenen jüdischen Pathologen sowie Mitbegründer dieser Sammlung. Es soll eine Historiker\*innen-Kommission eingesetzt werden, die Provenienzforschung zu den Exponaten betreibt. Die Finanzierung soll von staatlicher Seite (Kooperation mit Freistaat Bayern) sichergestellt werden. Mit der bereits existierenden Pathologischen Sammlung sitzen wir auf einem medizinhistorischen Schatz, welcher seit 1910 aufgebaut und aus Auflösungen anderer Sammlungen ergänzt wurde. Damit ist dies heute eine für Deutschland einzigartige Sammlung. Mit der Neuausrichtung der München Klinik Schwabing ist die Zukunft der historischen Pathologie und der zugehörigen Sammlung ungeklärt.

### **Das Museum für die Münchner Stadtgesellschaft**

Mit der Sammlung wird München zu einem von zwei Standorten in Deutschland mit einem Pathologiemuseum. Bereits heute wird die Sammlung jährlich von mehreren tausend Menschen besucht und ist fester Be-



standteil der Fahrtenprogramme umliegender Schulen. Alleine am Tag des offenen Denkmals besuchten über 500 Menschen die Ausstellung. Den Ausbau des Gebäudes zu einem Museum und Lehrsammlung bereichert die Stadt um ein seltenes Bildungsangebot. Der Erhalt des historischen Gebäudes in seiner ehemaligen Funktion ermöglicht weiter einen einzigartigen Einblick in medizinische Fachbereiche, oder für kulturelle Veranstaltungen wie zum Beispiel das Krimifestival München.

### **Das Museum und seine Sammlung für den Lehrstandort München**

Für die Universitätsstadt München, mit etwa 10.000 Medizinstudierenden, bietet eine umfangreiche pathologische Lehrsammlung einen Standortvorteil gegenüber anderen Universitäten. Denn dadurch haben die Studierenden die Möglichkeit, ihr theoretisches Wissen an realen Exponaten zu vertiefen. Der bereits vorhandene Hörsaal bietet zusätzliche Räumlichkeiten für die Lehre und Ausbildung in medizinischen Fachbereichen.

### **Das Museum als historischer Bau und Ort der Erinnerung**

Die Sammlung wurde 1910 von Siegfried Oberndorfer in der 1907 erbauten Pathologie des Krankenhaus Schwabing eingerichtet. Seit der Gründung wurde diese stetig erweitert und hat zwei Weltkriege, NS-Herrschaft und Kriegsschäden überdauert. Mit dem Erhalt der Sammlung als Museum in den historischen Räumen des Instituts bleibt ein einzigartiges Stück Schwabinger Geschichte erhalten. Oberndorfer und zwei seiner Kollegen wurden 1933 aufgrund ihres jüdischen Glaubens von den Nationalsozialisten entlassen. Siegfried Oberndorfer emigrierte daraufhin nach Istanbul und verstarb dort 1944, ohne je zurückzukehren. Das Museum wird mit seiner Widmung für Siegfried Oberndorfer damit zum "größten Stolperstein der Stadt", so Alfred Riepertinger.

### **Überweisen an**

Bezirkstagsfraktion, Landesparteitag, Landtagsfraktion, Stadtratsfraktion

---

**10/I/2024**

**Beschluss**  
angenommen

## **Positionierung: Sperrbezirksverordnung und Prostitution in München**

Das Prostitutionsschutzgesetz hat seine Zielsetzung nicht erreicht. Hier muss nachgesteuert werden, um den in der Prostitution Tätigen den größtmöglichen Schutz zu bieten und gleichzeitig Abhängigkeitsverhältnisse von Zuhältern zu verhindern. Deutschland darf nicht das Bordell Europas sein. Es braucht neue Regelungen auf Bundesebene. Klar ist: Menschenhandel verurteilen wir in jedem Fall und gleich in welchem Gewerbe. Frauen, die für sich die Prostitution wählen, sollen dies frei entscheiden. Wenn es ein gutes Sicherheitsnetz ohne Abhängigkeiten von dubiosen Figuren und patriarchalen Machtstrukturen gibt, können Frauen wirklich ggf. selbst die Prostitution für sich wählen. Was es dabei immer braucht, ist eine soziale Absicherung in Deutschland, die allen so weit offensteht und bekannt ist, damit niemand aus finanzieller Not heraus den Weg in die Prostitution wählt oder findet. Selbstverständlich müssen diejenigen, die Frauen ausbeuten oder

bedrohen, mit voller Härte bekämpft werden. Niemand darf davon profitieren, dass eine Frau sich prostituiert. Kommunal ist nur ein Bruchteil der Fragen rund um die Prostitution regelbar. Wir sollten uns die Aufgabe setzen, hier einen bestmöglichen Rahmen für die in der Prostitution Tätigen zu schaffen und immer allen Ausstiegswilligen eine gute Brücke zu bauen, während wir gleichzeitig diejenigen unterstützen, die für sich diesen Weg wählen. Den Sperrbezirk als sozialräumliche Maßnahme wollen wir nicht abschaffen, ein Umstieg auf die Freierbestrafung im derzeitigen Sperrbezirk halten wir jedoch für eine gute Lösung für München. Gerade kommunal glauben wir, dass es in der Debatte um Prostitution, Sperrbezirke und Kriminalisierung gut möglich ist, einen Kompromiss zu finden, der in der Prostitution Tätige schützt, Gewalt und Menschenhandel verhindert und Ausstiegswilligen gute Angebote bietet. Dabei weisen wir darauf hin, dass käuflicher Sex kein Grundrecht ist und auch nicht wie ein solches behandelt werden sollte. Das Positionspapier „Unterstützung statt Sexkaufverbot“ vom Deutschen Frauenrat, der Deutschen Aidshilfe und anderen halten wir für einen diskussionswürdigen Ansatz. Wir wollen für München eine Position finden, in die explizit die Perspektiven von Prostituierten einbezogen werden (dafür müssen angemessene Ressourcen, wie z.B. Sozialarbeiter\*innen zur Verfügung gestellt werden) und Verdrängung von Bedürftigen nicht in Kauf nimmt.

**Überweisen an**

Stadtratsfraktion

---

**12/I/2024****Beschluss**

angenommen

**Maßnahmeplan zur Reduktion von Gewalterfahrungen bei Geburten in München Klinik**

Die München Klinik entwickeln einen Maßnahmenplan zur Reduktion von Gewalterfahrungen bei Geburten, welcher sowohl Faktoren direkter Gewalt (psychisch und physisch), aber auch strukturelle Gewalt (z.B. Vernachlässigung wegen knapper Ressourcen) umfasst. Im Rahmen dessen richtet die München Klinik eine Institution zur Meldung von Gewalterfahrungen im Rahmen von Geburten in ihren Häusern ein und informiert darüber beim Verlassen der Einrichtung.

**Überweisen an**

Stadtratsfraktion

## Initiativanträge

**1/1/2024**

### **Beschluss**

angenommen

## **Planung der Gesundheitsversorgung München und Entwicklung München Klinik**

Die SPD-Stadtratsfraktion und das Gesundheitsreferat werden aufgefordert, wesentliche gesundheitspolitische Rahmenbedingungen zum Bedarf an Gesundheitsversorgung in den Stadtgebieten zu betrachten und zu planen.

Mithilfe der Prognosen des Gesundheitsreferates bewertet die SPD-Stadtratsfraktion die zukünftige Versorgungsstruktur der München Klinik an den verschiedenen Standorten einschließlich des bedarfsnotwendigen Leistungsangebotes zur Steigerung der Versorgungsqualität und gemäß der sich fortentwickelnden Behandlungsstrukturen (stationär, teilstationär oder ambulant). Der Versorgungsbedarf und die Behandlungsqualität stehen im Fokus der gesundheitspolitischen Maßnahmen in gemeinwohlorientierten Strukturen.

### **Überweisen an**

Stadtratsfraktion

---

**2/1/2024**

### **Beschluss**

angenommen

## **Nein zum sogenannten Generationenkapital**

Die Münchner SPD lehnt das sogenannte „Generationenkapital“ zur Stabilisierung der Beitragssätze der gesetzlichen Rentenversicherung genauso ab wie die Anhebung des Renteneintrittsalters oder die Absenkung des Rentenniveaus und schlägt stattdessen folgende Maßnahmen vor:

1. Stabile Rente braucht solide Erwerbsarbeit: Mindestlohn weiter anheben und Tarifbindung stärken
2. Alle zahlen ein: wir entwickeln die Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung damit auch Selbstständige, Abgeordnete und Beamt\*innen einzahlen
3. Bundeszuschuss muss größer werden, um die Herausforderungen der Demografie abzufedern und um private Sorgearbeit zu honorieren (sog. Mütterrente)

4. Deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze
5. Gleichbehandlung aller Einkunftsarten (Mieteinnahmen, Kapitalerträge) in Bezug auf Sozialversicherungspflicht und Besteuerung analog dem heutigen Umgang mit Einkünften aus Arbeit
6. Anhebung der Grundsicherung im Alter ohne Anrechnung der betrieblichen Vorsorge

**Überweisen an**

Stadtratsfraktion